

# Abendblätter

Absetzung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostpreußen

1. Jahrgang

Dresden, Montag, den 3. August 1925

Nummer 94

## Roll- und Steuerraub mit Polizeigewalt!

### Genossen Höllein und Jadašč gewaltfam auf 20 Sitzungen des Reichstages ausgeschlossen Weitere Beschneidung der Redezeit — Die SPD-Fraktion gespalten

Nachdem der Reichstag am Sonnabend mittig die Beratung des Reichsbewertungsgesetzes zu Ende geführt hatte, wurde in die Beratung des nächsten Steuergesetzes, der sogenannten Verkehrssteuer eingetreten. Unter diesem Namen versteht sich die Besteuerung der meisten Lebensmittel für die arbeitende Bevölkerung. Es fällt darunter die Zuder-, Salz- und insbesondere die Umlagesteuer.

Vor der Präsident — es präsidiert der deutschnationalen Vizepräsident Gräf (Thüringen) — die Beratungen eröffnete, berichtete er aus der heute morgen vor Eröffnung der Sitzung stattgefundenen Kellertentatschung. Das Resultat dieser Beratungen war eine erneute harte Einschränkung der Redezeit bei allen weiteren Steuergeheimnissen. Gräf erklärte, daß darüber im Kellertentat keine Einmütigkeit erzielt werden konnte, weil die Vertreter der Kommunistischen Partei erklärt hatten, daß sie dagegen Widerspruch erheben müßten. Diese Mitteilung in bezug auf die Kommunisten ist von Anfang bis Ende erfolgt, denn die Kommunisten wurden vom Statistenden der Sitzung überhaupt nicht rechtzeitig benachrichtigt. Und dann leitete Gräf mit, was der Kumpfstellenrat — mit Zustimmung der Sozialdemokraten — beschlossen hat: die allgemeine Aussprache zur Verkehrssteuer dreiviertel Stunde statt bisher eine Stunde; für die §§ 1—3 15 Minuten, statt bisher eine halbe Stunde. Hierbei handelt es sich um die schlimmste Klassensteuer, die Umlagesteuer. Die kommunistische Fraktion antwortete darauf mit schärfstem Widerspruch. Die Sozialdemokraten verhielten sich still. Die Rechte rief:

Seid froh, daß ihr überhaupt noch was sagen dürft!

Und so berichtet Gräf über eine ganze Reihe weiterer harter Einschränkungen der Redezeit. Auf die scharfen Proteste der Kommunisten antwortete die Rechte: das sei noch viel zu viel. Unter allgemeiner Unruhe beendet Gräf seine Mitteilungen.

#### Genosse Höllein

Immer nunmehr zu diesem neuen Versuch, die kommunistische Opposition mundtot zu machen. Er stellt zuerst fest, daß die Kommunisten an der Kellertentatschung überhaupt nicht teilgenommen haben. Aus dem Zentrum kommen darauf freche provokatorische Zwischenrufe. Genosse Höllein wendet Abg. Jehrenbach, der sich dabei besonders hervorzuheben und fährt dann fort: Ich stelle hier fest, daß das Reichsfinanzministerium mit den verschiedensten Parteien Beratungen abgehalten hat und daß als Resultat allen Beratungen außer den Kommunisten eine genaue Aufstellung über die weitere Einschränkung der Redezeit zugegangen ist. (Lautstimmte Hörschreie bei den Kommunisten.)

Die Regierung hat die Kommunisten von dieser Information ausgeschlossen. (Rufe rechts: Bravo und sehr richtig!) Das kennzeichnet die Absichten der Regierung und ihrer Parteien. Die Pläne, die die Regierung und die Parteien der Steuerräuber haben, werden noch durch die überbordende Einladung zur Sitzung des Kellertentates gekennzeichnet. Während den Mitgliedern des Kellertentates aus den anderen Parteien diese Einladung heute früh durch Rohrpost zugeht, das sozialdemokratische Mitglied erhielt sie, als er noch im Bett lag, wurde sie den kommunistischen Abgeordneten Stöcker und Ruth Fischer nicht zugestellt. Diese Abgeordneten fanden die Einladung auf ihrem Garderobenständer heute früh, als die Sitzung des Kellertentates jedoch längst vorüber war. Wir stellen also fest, daß erstens hinter dem Rücken der Kommunisten gehandelt wurde, und zweitens, daß man absichtlich die Kommunisten zur Sitzung des Kellertentates nicht eingeladen hat. Wenn man auf die Anwesenheit der Kommunisten im Kellertentat Wert gelegt hätte (laute Rufe rechts: Nein!), dann hätte man die Einladung dazu ihren Mitgliedern ebenfalls in die Wohnung schicken können. Klar und deutlich geht daraus hervor, daß man bestimmte Absicht hatte, die Kommunisten bei der Mitberatung über die Redezeit auszuschließen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Ich stelle weiter fest, daß man für drei Steuern — es handelt sich um die Kapitalverkehrssteuer, die Grundsteuer und die Wechselsteuer — die Redezeit auf 15 Minuten verkürzt hat. (Stürmische Bravorufe rechts — erregte Rufe der Kommunisten gegen die Steuergeizhals.)

Die bürgerlichen Parteien haben ein Interesse daran, daß hierüber möglichst wenig geredet wird, sie wollen, daß diese Steuerpraktiken vor der breiten Öffentlichkeit möglichst geheim bleiben, damit sie die Massen desto besser über den Rüssel härteren können. Diese Kapitel behandeln die Fragen der Buchprüfung, der Kapital- und Steuerflucht, der Offenlegung der Steuerlisten und der Bestrafung der

Steuerhinterziehung. Nun frage ich Sie (nach rechts) vor aller Öffentlichkeit: Ist es möglich, diese vier Probleme in 15 Minuten zu erörtern? (Erneute freche, höhnische Zurufe rechts, besonders aus der Deutschen Volkspartei, der Partei der Stinnes und Konforten.) Die Beschränkung der Redezeit seitens der Regierungsparteien gerade bei diesen Kapiteln beweist das schlechte Gewissen dieser Parteien vor der Öffentlichkeit, beweist, daß sie den Steuerbeitrag und seine Ausbeutung und Belämpfung unter allen Umständen unterbinden wollen. (Neuer Unterbrechungsversuch des Vizepräsidenten Gräf.)

Wir erwarten, daß die Beschlüsse dahin korrigiert werden, daß beim jezt zur Beratung stehenden Gesetz den Kommunisten zu den Artikeln 1—3 25 Minuten und für die Artikel 4—6 ebenfalls 25 Minuten zugestimmt werden.

Weiter fordern wir, daß über die anderen Gesetze — Bier- und Tabaksteuer, Verbrauchssteuer, Finanzausgleich usw. — noch einmal im Beisein der Kommunisten im Kellertentat neue Beratungen getroffen werden.

Es war begreifbar, daß kein Sozialdemokrat zu diesen nur allzu berechtigten Forderungen der Kommunisten sprach. Sie bestätigten damit nur, daß sie in der Sitzung des Kellertentates den Plänen der Steuerräuber zugestimmt haben. Zu welcher Schamlosigkeit sich einige Abgeordnete der SPD. ausschlangen, mit welcher Selbstverleumdung sie die Steuerabläufe der Parteien der Großgrundbesitzer und Großindustriellen mit unterstützen, das zeigte die dann folgende Abstimmung über die beiden vom Genossen Höllein gestellten Anträge.

#### SPD-Hilfe für die Steuerräuber.

Als nämlich Gräf über die kommunistischen Anträge, die Genosse Höllein gestellt hatte, abstimmen ließ, erhoben sich mit den Regierungsparteien und den Demokraten die Sozialdemokraten

Hermann Müller, Hilferding, Hoch und Adolf Braun

und stimmten mit gegen die Verlängerung der Redezeit. Dies Verhalten dieser vier Sozialdemokraten führte zu einer ungeheuren Erregung der kommunistischen Abgeordneten, die sich mit diesen Hausnechten der Steuerdrückberger scharf auseinandersetzten. Aber nicht nur bei den Kommunisten, sondern auch unter den Sozialdemokraten war große Erregung entstanden. In großer Wut redeten mehrere auf diese vier Verräther ein. Als die Gegenabstimmung vorgenommen wurde, stimmten demonstrativ circa 30 Sozialdemokraten für die kommunistischen Anträge, u. a. Jabel, Rod, Ripinski, Fleischer, Karßen, Strickopf, Seger, Schmidt-Köpenick, Dikmann, Worm, Angues, während Toni Sender, Rosenfeld, Saube, Kahnt und ca. 20 andere vor der Abstimmung den Saal verließen.

Und nun lehnte ein, was nach den wiederholten Forderungen der Reichspresse vorauszuwarten war: der deutschnationalen Vizepräsident ging erneut gegen die Kommunisten mit dem ganz bewußten Ziel, möglichst viele aus dem Sitzungssaal herauszuwerfen, vor. Er benutzte die scharfen Auseinandersetzungen der kommunistischen Abgeordneten mit den sozialdemokratischen Helfershelfern der Rechte dazu,

ohne jeden wirklichen Anlaß den Genossen Jadašč aus dem Saal zu verweisen.

Dieser Liebesdienst Gräfs für die Müller, Hilferding, Hoch und Braun rief den schärfsten Protest der Kommunisten hervor. Ebenfalls wandte sich der größte Teil der Sozialdemokraten gegen diese Praktiken. Die Rechte aber jubelte. Gräf schloß darauf kurzerhand die Sitzung.

Genosse Jadašč blieb natürlich im Saale, denn er hatte auch nicht den geringsten Anlaß gegeben, der seinen Ausschluß rechtfertigt. Ganz offensichtlich trat bei den Maßnahmen des deutschnationalen Gräf hervor, daß die Rechte neben der Verkürzung der Redezeit durch Ausschüsse von Kommunisten sich die Annahme und Durchprüfung ihrer Zoll- und Steuerpläne erleichtern will.

Als Gräf die Sitzung nach einer halben Stunde wieder eröffnete und feststellte, daß Genosse Jadašč sich weigert, seinen Provokationsbefehlen Folge zu leisten, schloß er ihn für 8 Sitzungen aus. (Demonstrative Pfuirufe bei den Kommunisten.) Da Genosse Jadašč dabei, verlängerte Gräf den Ausschluß auf 20 Sitzungstage. Auch diese Mitteilung wird mit starkem Beifall auf der Rechten und starkem Protest der Kommunisten aufgenommen. Die Kommunisten rufen zur Rechten: „Holt doch die Schupo, halt den Deutnant mit 10 Mann!“ Und Gräf erklärt sofort, daß das ja eigentlich der ganze Grund seiner Provokation ist. Er erklärt, daß er, da Genosse Jadašč den Saal nicht ver-

läßt, nunmehr zu Gewaltmitteln greifen müsse. Als die Kommunisten dieses entsprechend kennzeichnen, schließt Gräf kurzerhand, ohne irgend einen ersichtlichen Grund, den Genossen Höllein für diese Sitzung aus.

Der starke Beifall, der daraufhin sofort auf der Rechten einsetzte, bewies nur, um was es diesen Herren geht. Genosse Höllein, der sich in den letzten Monaten ausschließlich mit den Steuergeheimnissen in den Ausschüssen befaßt hat und der den Steuerkampf der kommunistischen Fraktion im Reichstag organisierte, sollte bestraft werden. Gerade Höllein, der gegen die Herrschaften von rechts und vom Zentrum immer am schärfsten auftrat, ihnen ihre arbeiterfreundliche Klasse vom Gesicht riß und die Steuerräuber der Klassen nachwies, sollte verschwinden. Er soll bei den weiteren Steuer- und bei den Zolldebatten ausgeschaltet werden. Da Genosse Höllein natürlich im Saal blieb, schloß Gräf erneut die Sitzung.

Nach dreiviertel Stunden eröffnet Gräf erneut die Sitzung und wird von den Kommunisten mit Pful-Rufen und dem Zuruf: „Henker!“ empfangen. Er war nur zu dem Zweck gekommen, auch den Genossen Höllein für 20 Sitzungen auszuschließen, denn alle Rufe des Genossen Stöcker zur Geschäftsordnung überhörte er geflissentlich.

Er schloß den Genossen Höllein für 8 Sitzungen aus und forderte ihn auf, den Saal zu verlassen.

Genosse Höllein antwortet: „Nein, Sie Henker! Vollziehen Sie Ihre Henkerarbeit bis zu Ende!“ Die Erregung unserer Genossen hat sich während dieser Henkerarbeit ungeheuer gesteigert. Die Sozialdemokraten haben bedrückt da. Kurzerhand schließt Gräf Genossen Höllein dann für 20 Sitzungen aus, und das unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Gräf befißt dann die Stin, zu erklären, auch die Pressevertreter sollten die Tribüne räumen. Ebenfalls bittet er die Abgeordneten, den Saal zu verlassen. Dem letzten die Rechte und das Zentrum folge, sowie auch der Teil Sozialdemokraten, die wie Müller-Franken, Hilferding, Reichscheid, Herz und Konforten die Bourgeoisie in jeder Beziehung unterstützen und sich nach einer Koalition mit den Deutschnationalen sehnen.

Dann erscheinen die Kriminalbeamten, Insgesamt 10 Mann und 4 Schupoleute in Uniform.

Von mehreren Sozialdemokraten wird unter Hinweis auf die Beamten gerufen: „Diese Kinder sind doch keine Kriminalbeamten, das sind vielleicht Späher, aber keine Vollkoffen!“ In der Tat waren es junge Leute von 15—25 Jahren, die Herr Greiginski geschickt hatte, um die Kommunisten herauszuwerfen zu lassen. Unsere Genossen hatten die Genossen Jadašč und Höllein umringt.

Die Genossen Jadašč und Höllein forderten, daß sich die Beamten legitimieren, was nach einigen Sitzungen geschah. Auf die ausdrückliche Frage, ob sie den Auftrag haben, nötigenfalls mit Gewalt vorzugehen, bejahten sie das. Darauf rufen die Genossen: „Wir wollen die Gewalt, aber nicht den Steuerhinterzählern da drüben! Die arbeitenden Massen werden jenen dort drüben schon die Antwort geben.“ Die Genossen Jadašč und Höllein verlassen darauf den Saal, gefolgt von den Beamten und unseren Genossen. Die übrigen Genossen bringen Hochrufe auf die Ausgeschlossenen aus und singen dann gemeinsam stehend die erste Strophe der Internationale. Während des Gesanges erheben sich eine ganze Reihe sozialdemokratischer Abgeordneter von ihren Plätzen.

Dann wird in die Beratung des Verkehrssteuergesetzes eingetreten, wozu als erster Redner der Sozialdemokrat Herz sprach.

### Die Regierung schließt die Steuerhinterzieher Beratung der Umwälzungen.

Am Nachmittag der Sonnabenditzung, nach dem Ausschluß der Genossen Höllein und Jadašč, wurde die Verkehrssteuerberatung vorgenommen.

Herz (SPD.) befahte sich mit der Steuerabgabe der Pfandbesitzer, forderte Offenlegung der Steuerlisten, Veröffentlichung der Namen derjenigen, die bei der Buchprüfung der Betrügerei überführt seien usw.

Ihm antwortete der Vertreter der Reichsfinanzministeriums Staatssekretär Popitz: Es wird kein Mittel angewandt werden, um die gefahrten Einnahmen zu heben.

Die Regierung weigert sich, die Namen der Steuerhinterzieher zu nennen, sie will nicht noch weiter zu schädigen, die Offenlegung der Steuerlisten würde keine günstige Wirkung haben, sie würde zu einer politischen Bewegung

Vertical text on the left margin containing various small advertisements and notices.

Vertical text on the right margin containing various small advertisements and notices.



# Krieg dem imperialistischen Kriege!

## Die Klassenarmee der 100 000

Berlin, 2. August. (Eigener Drahtbericht.)

Die gestrige Antikriegsdemonstration im Berliner Lustgarten, zu der die kommunistische Partei aufgerufen hatte, war ein glänzender Erfolg, ein Schlag ins Gesicht der Kriegshetze und Mameluden. Im Lustgarten marschierte gestern eine Armee entschlossener Arbeiterkämpfer auf, die keinen Zweifel darüber ließ, daß sie jeden Versuch zu einem neuen imperialistischen Krieg mit dem Bürgerkrieg beantwortet wird.

Schon 12.30 Uhr rückten von allen Seiten die Jüge aus allen Bezirken mit einem Meer von roten Fahnen und Transparenten, scharf charakterisierten Bildern usw. an und schlossen sich zu einer

### Rundgebung von weit über 100 000 Personen.

zu denen außer einigen Abgeordneten Führer des Roten Frontkämpferbundes, der Kriegsbeschädigten und für den Sozialistischen Bund Lebedour sprachen.

Die Demonstration, in der der Rote Frontkämpferbund und Jungtürk durch glänzende Disziplin große Begeisterung erregten, war von einem großartigen Kampfesgeist getragen. Kein Zeichen von Ermüdung war vorhanden, trotzdem die Berliner Arbeiterschaft in der letzten Woche durch Zoll- und Antikriegsfundgebungen in den Bezirken, die ebenfalls sehr gut besucht waren, sehr in Anspruch genommen war.

Die Schupo, zu deren Kommandierung der Polizeipräsident persönlich erschienen war, ließ keine Provokation unversucht. Ziellos wurden Arbeiter aus dem Zuge heraus verhaftet, Plakate gegen Hindenburg beschlagnahmt, und sogar die Kindergruppen, die sich auf der Museumstreppe zunächst unbehindert aufgestellt hatten, wurden durch ein großes Polizeiaufgebot mit Gummiknüppeln heruntergejagt. Abgeordnete wurden schikaniert. Sogar die bürgerliche Presse mußte gegen die Schikanen Front machen. Nur die glänzende Disziplin der Demonstranten verhinderte Zusammenstöße. Der Rote Frontkämpferbund, der nach der Rundgebung am Polizeihinterhalt vorbeimarschierte, gab allerdings den blauen Ordnungsführern zu erkennen, daß auch proletarische Geduld ein Ende haben kann.

### Leipzig im Zeichen der Roten Front

Leipzig, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Am gestrigen Sonntag fand in Leipzig unter starker Beteiligung aus ganz Mitteldeutschland der mitteldeutsche Antikriegstag statt.

Aus Chemnitz, Dresden, Halle, Merseburg, Magdeburg und Thüringen waren Abteilungen Roter Frontkämpfer erschienen, um gemeinsam gegen den drohenden imperialistischen Krieg und die deutsche und Weltreaktion zu demonstrieren.

Die gestrige Rundgebung war bisher in Leipzig die größte und wichtigste, die je eine Partei veranstaltet hat.

Die Demonstranten marschierten aus allen Himmelsrichtungen in geschlossenen Zügen, nachdem sie vorher in den Arbeitervierteln der Vorstädte demonstriert hatten, nach dem riesigen Augustusplatz, wo sich bereits viele Demonstranten eingefunden hatten. An der Rundgebung auf dem Augustusplatz beteiligten sich nach den vorgenommenen Zählungen mindestens

### 50—60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Nach kurzen Ansprachen formierte sich ein wichtiger Demonstrationzug, der durch die innere Stadt nach dem Westen Leipzigs marschierte.

Tausende und Abertausende standen Spalier, größtenteils mit roten Abzeichen versehen. Der Vorbeimarsch der Demonstrationssäuge dauerte über 1 1/2 Stunden.

Eine ungeheure Anzahl mächtiger roter Fahnen und Transparente mit den verschiedensten Parolen gaben dem Demonstrationszug ein imponantes Gepräge. 15 Wagen stellten lebende Bilder aus dem Weltkriege dar und zeigten die Aufgaben des Proletariats. Besondere Heiterkeit erregte ein Wagen, auf dem sich Scheidemann und Lubendorff die Hand reichen, ferner ein Wagen, der bildlich die Koalitionspolitik der SPD. mit den Pfaffen und reaktionären Parteien darstellte. Besonders fiel auch auf die starke Beteiligung der Frauen, die alle mit roten Kopfschmücken und zum Teil in Frontkämpferuniform aufmarschierten.

Das Proletariatsviertel Leutzsch empfing die Demonstranten mit roten Fahnen und Girlandenschmuck. Aus den Fenstern wurden Blumen unter die Demonstranten geworfen.

Auf dem Gemeindeparkplatz in Leutzsch sprach unter tosendem Beifall Genosse Thalman zu den Massen. Unter

### Erfolge der englischen Gewerkschaften

Die Bergarbeiter behalten die Siebenstundenschicht.

WIS. London, 1. August. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ feiert den „Großen Sieg der Arbeitersolidarität, der am „Roten Freitag“ erfochten worden sei und den man die Keimzelle als größten in der Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt bezeichnen könne. Der Premier und die Arbeitgeber hätten die Forderung geäußert der solidarischen Haltung der Gewerkschaften, die sich hinter die Bergleute gestellt haben.

E.P. London, 1. August. Der Sekretär der Grubenarbeitergewerkschaften, Cool, hat der Presse eine Darlegung gegeben, in der bestätigt wird, daß der Vollziehungsausschuß die Bergbände angewiesen hat, den Streik nicht zu eröffnen. Die Lohnverhältnisse würden bis zum Frühjahr unverändert bleiben.

### Das „fromme England“

Die „Brawds“ in England verboten!

London, 2. August. (Telunion.) Der englische Innenminister hat der Sunday Express zufolge die russische Zeitung „Brawds“ bis auf weiteres verboten, angeblich wegen eines in diesem Blatt erschienenen gotteslästerlichen Artikels.

### Abrüstung, wenn ...

London, 3. August. (Telunion.) Der erste Lord der Admiralität hat während einer Rede über das Schiffsbauprogramm erklärt, daß die Regierung dazu bereit sei, an Besprechungen über die internationale Abrüstung teilzunehmen, wenn diese mit den Interessen des englischen Imperiums in Einklang ständen.

Abhängen revolutionärer Veeder wurde diese mächtige und imposante Kundgebung geschlossen.

### Der Aufmarsch im Ruhrgebiet

Essen, 2. August. (Eigener Drahtbericht.)

Der Sonntag stand im Zeichen des Aufmarsches der Klassenbewußten Proletariats. Die kommunistische Partei hatte zu Antikriegsfundgebungen in Duisburg, Mülheim, Hamborn, Oberhausen, Gelsenkirchen, Dortmund, Essen und Hamm aufgerufen. In allen Orten folgten große Massen den roten Fahnen und legten das Gelöbnis ab, gegen Krieg und Kriegsgefahr zu kämpfen.

Die Rote Front erhielt ihre Bedeutung noch besonders dadurch, daß es der erste Sonntag im geräumten Ruhrgebiet war. Überall verfluchten die Faschisten die Krümmung zu Provokationen auszunutzen, verschwanden aber fluchtartig, wenn die Arbeiter erschienen.

Der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergmann hatte im letzten Augenblick Kundgebungen in den rheinischen Städten verboten, aber trotzdem waren auch in dem rheinischen Bezirk die Demonstrationen machtvoll und bezugten, daß die Arbeiterschaft sich nicht die Strafen verbieten läßt. Verschiedentlich kam es in den rheinischen Städten zu Zwischenfällen, wogegen in den westfälischen Städten die Kundgebungen reibungslos verliefen.

Bergmann hatte in Mülheim und Hamborn mehr als 3000 grüne Polizisten zusammengezogen.

In allen Orten schlossen sich Reichsbannerleute an den Kundgebungen an.

### Riefendemonstration in Dortmund

Dortmund, 2. August. (Eigener Drahtbericht.)

Ein großer Teil der Demonstranten in Dortmund, wo mehr als 20 000 Arbeiter aufmarschierten und die Straße beherrschten. Die Arbeiter von Essen demonstrierten in Mülheim. Am Sonntag findet ein zentraler Aufmarsch des Bezirks Ruhr in Düsseldorf und Essen statt.

### 10 000 Demonstranten in Mannheim

Mannheim, 2. August. (Eigener Drahtbericht.)

Über 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen an der Kundgebung teil, die von der KPD organisiert war, auf die den Massen, unter denen besonders Gruppen des Roten Frontkämpferbundes aus Baden, Hessen-Nassau, Frankfurt am Main, Hannover, Braunschweig, Mecklenburg und Pommern.

### Nieder mit den Grenzpfählen

Die Rote Front an der Grenze

Unsere tschechoslowakische Brudergeneration hat am vergangenen Sonntag zu einem internationalen Mass Meeting in Teplitz aufgerufen. Aus den tschechischen Grenzbezirken, von Freiberg bis in die schweizerische Schweiz, waren die Roten Frontkämpfer und die KPD-Massen aufmarschiert, um die internationale Kampffront zu verstärken. Bereits am Sonnabend nachmittag waren mehrere Trupps der deutschen Genossen über die Grenze gelangt. Am Sonnabend abend jedoch wurde in Zimmwald von der tschechoslowakischen Regierung der Übergang der Grenze mit Tagesausweisen gesperrt. Abends in der neunten Stunde rückten circa 5-600 Rote-Front-Genossen aus Jena, Heidenau und Freital in langem Zuge mit dem roten Front-Banner und Musik an der Spitze, von Genosse Lammend, von Sächsisch-Zimmwald auf die Grenze zu. Nach dem Bericht des „Dresdener Anzeigers“ wurde an der Station den Demonstranten der Grenzübergang verweigert. Die Teilnehmer des Zuges brachten darauf wiederholte Hochrufe auf Moskau aus, langen kommunistische Hymnen und stimmten in den Ruf „Nieder mit den Grenzpfählen“ ein. Da die Dunkelheit hereinbrach, wurden die Demonstranten in Gaitshausen, Scheunau und in der Nähe der benachbarten Ortschaften untergebracht, ein anderer Teil übernachtete im Freien. Man errichtete Steinhaufen und pflanzte darin die rote Fahne auf, so daß am Sonntag morgen an der Grenze entlang die roten Fahnen zu sehen mit dem Sowjetzeichen wehten. Frühmorgens 6 Uhr formierte sich ein neuer Zug, der mit Musik bis an die Station heranmarschierte. Im Ru war die Grenzüberquerung mobilisiert und versperrte den Grenzübergang. Im letzten Augenblick lenkten die Demonstranten wieder nach Sachsen zu und rückten in der Richtung nach Altenberg ab. Während der ganzen Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hielten die Roten-Front-Genossen an den Grenzen der demokratischen Republiken unter den Gewehren der Masarni-Söldner die rote Wacht.

### Weitere Ausdehnung des französischen Bankbeamtenstreiks

Paris, 3. August. (Telunion.) Der Streik der französischen Bankbeamten hat sich auf St. Etienne und Boulogne ausgedehnt.

### Die französisch-spanischen Friedensvorschläge überreicht

Paris, 3. August. (Telunion.) Aus Tanger wird gemeldet, daß Primo de Rivera zwei Bevollmächtigte Abd el Krims empfangen und ihnen die französisch-spanischen Friedensbedingungen überreicht habe. Daraufhin sind die Bevollmächtigten wieder zu Abd el Krim zurückgereist.

### Borläufig keine französischen Verhandlungen mit Abd el Krim

Paris, 3. August. (Telunion.) Man erfährt am Quai d'Orsay, daß von Frankreich bisher keine Verhandlungen mit Abd el Krim eingeleitet worden seien.

### Kriegsrat bei Abd el Krim

Paris, 3. August. (Telunion.) In Adier hielt Abd el Krim einen Kriegsrat ab, an dem sämtliche Führer der regulären Kräfte sowie sämtliche Hauptlinge der Krimmiliz teilnahmen. Allem Anschein nach werden hauptsächlich die spanisch-französischen Friedensbedingungen diskutiert werden.

Wahre, und das ist in der Gegenwart nicht angebracht. Er tröstete sich am Schluß damit, daß die Steuerreform in Deutschland auch nicht tiefer liege als in anderen Ländern.

### Genosse Könen

bejahen, dann mit diesen Ausführungen des Herrn Staatssekretärs. Er wies darauf hin, daß diese Rede mit aller Deutlichkeit bewiesen hat, daß er und die deutsche nationale Regierung gar nicht ernstlich an eine Verfolgung der Steuerreform und Hinterziehung denken. Die Offenlegung der Steuerlisten ist ein Mittel, die Steuerreform zu heben und die Steuer beizubehalten. Aber nicht nur das lehnte die Regierung ab, sie befehligt auch die Kontrollmaßnahmen, die von früheren Regierungen unter Erzberger und Debrauberg eingeführt wurden. Seine Ausführungen beweisen, daß er nur der politische Beauftragte einer ganz bestimmten Interessengruppe ist. Wenn er sagt, die Offenlegung der Steuerlisten vergifte die politische Atmosphäre, so bestreitet er damit nur, daß die Regierung weiß, daß heute in Deutschland keine politischen geschoben und geschwindelt wird. Das zu organisieren ist die Hauptbeschäftigung des Reichslandbundes, des Reichsverbandes der deutschen Industriellen.

Man hat die Umsatzsteuer mit in dieses sogenannte Verkehrssteuergesetz eingereiht, es aber nicht in das Verbrauchssteuergesetz gebracht, wo es hingehört. Man will den Einkünften erzwungen, als ob die Befehlenden zu dieser Umsatzsteuer irgend etwas beitragen.

Die Börsenumsatzsteuer wie die Kapitalverkehrssteuer gehören mit zu den Steuern, die derzeit viel Hintertüren für Kapitalisten offen lassen, daß sie sich glänzend vom Steuerzahler drücken können.

Wenn Sie jetzt die Umsatzsteuer um einviertel Prozent ermäßigen wollen, so bringt das nicht die geringste Senkung des Steueraufkommens, denn durch das immer härtere Anmahnen der Preise wird jede Differenz aufgehoben. Als vor einem Jahre die Umsatzsteuer um einhalb Prozent herabgesetzt wurde, trat kein Rückgang, sondern ein immer zunehmendes Anwachsen der Erzeugnisse ein.

Diese Steuer ist die brutalste und rücksichtsloseste, denn sie belästigt die Arbeiter, den Angestellten, den kleinen Landwirt mehrfach.

Genosse Könen wies dann darauf hin, daß die Sozialdemokraten, die auch gegen diese Steuer auftreten, die Väter dieser Wuchersteuer sind. In dem Genosse Könen Forderungen des Deutschen Beamtenbundes gegen diese Umsatz- und Verbrauchssteuern verliert, stellt er fest, daß die darin geforderten Steuerentlastungen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter nur wirklich von den Kommunisten vertreten werden, die sich rücksichtslos für die Beilegung dieser Steuern aussprechen.

### Keine Potemkinschen Dörfer in Sowjetrußland

Eine bürgerliche Stimme über die Arbeiterdelegationen

Je günstiger die Berichte lauten, die die sozialdemokratischen Arbeiterdelegierten über ihre Studien abgeben, desto fanatischer, gemeiner und niederträchtiger heßt und verkommt die sozialdemokratische Prehstanz die eigenen Genossen. Nun befaßt sich auch bürgerliche Zeitungen mit den Arbeiterdelegationen. So veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung“ Nr. 553 vom 28. Juli einen Bericht ihres Korrespondenten aus Moskau. Dieser Bericht straft alle die Lügen, die den deutschen Arbeitern vorschwindeln, die Arbeiterdelegation sei bestochen, sowie dumm, unerfahren und im übrigen bekämpfe sie doch nur „Potemkinsche Dörfer“ zu sehen. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt unter anderem:

„So ist in der Tat nicht anzunehmen, daß man den deutschen Arbeitern Potemkinsche Dörfer zeigen wird. Wenn es nötig wäre, solche Illusionen zu erzeugen, so hätte man die Götze wahrscheinlich nicht eingeladen. ... Der deutsche Arbeiterdelegierte wird auch erfahren, daß manche Betriebe viel zu teuer und mit Verlust arbeiten. Man wird ihm auch nicht verhehlen, daß die öffentlichen Anleihen des Staates etwa in der Art unserer Zieldarstellungen auf die Kriegsanleihen durch die Unternehmungen an den Arbeiter gebracht werden. Auf der anderen Seite ihm die Rolle der Betriebsräte erklärt werden, die auch nicht allmächtig sind, er wird die Sanatorien und Erholungsheime für Arbeiter kennen lernen, die weitgehenden Einrichtungen für ärztlichen Beistand usw.“

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt ferner:

„Das Wesen des Sowjetstaates ist nicht in diesen Einzelheiten zu suchen, sondern in seinem Bestreben, die Bildung eines neuen und selbstherrlichen Kapitalismus zu verhindern.“

Ein Satz, den sich die „Freunde“ Barmats, die Heilmann, Bauer und Co. hinter die Ohren schreiben sollen. Der bürgerliche Journalist schreibt:

„Was die fremden Gäste in der Heimat berichten werden, ist ihre Sache. Auch sie dürfen der Wahrheit die Ehre geben. Denn so, wie die Dinge heute liegen, kommt es wirklich nicht darauf an, roßig zu malen, was nicht roßig ist. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß in Rußland die Sowjets herrschen und die schwachen Anfänge des wirtschaftlichen Wiederaufbaues überwinden haben.“

„Der Wahrheit die Ehre geben“, das fürchten die sozialdemokratischen „Führer“ wie die Pest, denn in Deutschland sind mit ihrer Mitwirkung die „Sowjets“ abgewürgt worden, ihre „Realpolitik“ hat nicht zum „wirtschaftlichen Wiederaufbau“, sondern zum Abbau, in den Dameschwindel geführt.

### Skandalöse Behandlung der aus Polen ausgewiesenen Optanten

Schneidemühl, 2. August. (Eigene Drahtmeldung.) Seit gestern abend kommen die ausgewiesenen deutschen Optanten über die Grenze. In Schneidemühl ist ein Konzentrationslager in den ehemaligen Flugzeughallen der Albatroswerke eingerichtet, dessen Zustände jeder Beschreibung spotten. Trotzdem die preussische Regierung seit dem 1. August 1924 weiß, daß ab 1. August 1924 die deutschen Optanten ausgewiesen werden, ist keine Fürsorgemaßnahme getroffen worden. Im Preussischen Landtag wurden zwar im Mai 60 Millionen Mark für die Ausgewiesenen bewilligt, die preussische Regierung hat aber bis jetzt vergessen, Anweisung zur Auszahlung des Geldes zu geben. In den Flugzeughallen sind jetzt 230 Kojen mit einfachen Betten eingebaut, deren Umfang 10-20 Quadratmeter beträgt. Jede Kojen soll zur Aufnahme von 4-15 Personen dienen. Jetzt werden aber in den Kojen sogar drei Familien untergebracht. Sie werden deshalb durch Vorhänge in mehrere Räume eingeteilt.

Am Donnerstag mußte ein großer Teil der vertriebenen Landarbeiter, Kleinlandwirte und Handwerker im Freien und im Regen kampieren. Bis jetzt befinden sich ungefähr 7000 Personen im Konzentrationslager.







# Österreich

## Mieter des Wienerischen Grundes!

Der Verbandswahl des Landesverbandes Sachsen im Reichsbund deutscher Mieter hat beschlossen, in der Woche vom 2. bis 8. August in Gießen eine Kreisversammlung gegen die geplanten Verdrängungen im Wohnungswesen abzuhalten. Im Bereich des Bezirksverbandes Wienerischer Grund finden folgende Versammlungen statt:

- Montag, den 3. August, in Hildesheim, Brauns Gasthof.
- Mittwoch, den 5. August, in Freital, Döhle'scher Hof.
- Donnerstag, den 6. August, in Sittersee, Kothod, und Nahenau, Sängerkreis.
- Freitag, den 7. August, in Hainberg, Gieseler, und Groß-Delitz, Gasthof.
- Sonnabend, den 8. August, in Fohrodorf, Gasthof.
- Sonntag, den 9. August, in Kleinnaundorf, Gasthof.

Die Versammlungen an den Wochentagen beginnen abends 8 Uhr, die Versammlung in Kleinnaundorf vorm. 9 Uhr.

Referenten: Vorkreis: Leipzig, Gürtler; Zwickau, Hofmann; Leipzig, Köhler; Freital, Kote-Melien.

Die Angriffe seitens der Hausbesitzer auf die Wohnungszwangswirtschaft, sowie ihr erfolgreiches Vordringen in der Frage der Mietinsubordinierung machen es mehr denn je zur Notwendigkeit, daß sich die gesamte Mieterchaft zu einer gewissen Abwehrfront zusammenschließt. Nur eine starke Organisation wird in der Lage sein, mit Hilfe der Parteien und Gewerkschaften, die Behörden der Hausbesitzer und der ihnen wohlwollenden Behörden zu vereiteln.

Der Verbandswahl, kommt in die öffentlichen Versammlungen.

Der Bezirksverband.

**Kloster.** Unlangt veranstaltete die KPD im „Schänkele“, Kloster, eine öffentliche Versammlung, zu der Genosse Lewinsohn als Referent erschienen war. Sein 1 1/2-stündiges Referat über den Kampf der Arbeiterchaft um Lohn und Brot hielt die zahlreich erschienenen Zuhörer stark im Banne. In trefflicher, leicht verständlicher Weise schilderte er die elenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Arbeiterchaft im „republikanischen Hindenburgstaate“, mit seinen ungeheuren Steuerlasten auf den Proleten, sowie die unerschämte, verbrecherische Jollpolitik der Ausbeuterklasse, die ihren Profitstreben durch ungeheuerliche Ausbeutung der Arbeiterklasse einreibt. Insbesondere streifte er die letzten, zum Teil noch währenden Wirtschaftskämpfe der Bau- und Metallarbeiter in Sachsen, in denen sich der sozialdemokratische „Schlichter“ Haas besondere „Verdienste“ und „Vorarbeiten“ der Metall-Gründungsstellen erworben hat. Echt sozialdemokratisch! Einen lumpigen dreißigen Kullilohn von 69 Pfennigen diktieren und dabei noch von „gerechter Lastenverteilung“ jasein! Mit einem Ausruf an die Versammelten, einzutreten in die Einheitsfront aller Ausgebeuteten, unerbittlichen Kampf den Kapitalisten, Imperialisten und ihren Lakaien schwörend, schloß der Redner seine Ausführungen. Starker Beifall belohnte ihn. In der Diskussion sprach neben anderen kommunistischen Genossen auch ein sozialdemokratischer Reichsbannerheld, der dem Referenten in seinen Ausführungen Phrasen unterstehen wollte, dessen Worte aber in seinem eigenen Phrasenschwall erstickten. Im Schlußwort rechnete Genosse Lewinsohn in sachlicher Weise mit diesem SPD-Schäferlein ab, zeichnete nochmals kurz die klare tonsequente Politik der KPD, auf, um zu schließen mit einer Werbung für die einzige proletarische Arbeiterzeitung, die „Arbeiterstimme“.

**Bahnen, 1. August.** Schwere Gewitter. Das am Donnerstag nachmittag über die Lausitz ziehende Gewitter war das Schwerste in diesem gewitterreichen Sommer. Blick auf Blick wurde hernieder, der Regenguß war sehr ergüßig. Eine zeitlang blieb der elektrische Strom aus, weil der Blitz in das Umspannwert Bodewitz eingeschlagen hatte. Auch in der staatlichen Stromleitung verurachten zwei Blitzschläge in Reulitz und Postwitz Störungen. Gegen 1,30 Uhr schlug der Blitz in das Kamelen des Wirtschaftsbehalters Ernst Grub in Rodewitz. Zwei Wirtschaftsgebäude brannten nieder. Ein weiterer Blitzschlag legte das Wohnhaus des Auswärtigen Reichs in Rodewitz in Brand. In Schützengraben fuhr der Blitz in eine auf einem Felde aufgestellte Kornpuppe. Mehrere Puppen brannten ab. In Königshain, in der Nähe von Schludena, traf der Blitz ein Arbeiterwohnhaus, das vollständig eingestürzt wurde. In Sohland an der Spree ging ein wolkenbruchartiger Gewittergüß nieder. Der Dorfbach brach aus seinen Ufern, drang in Kellerkellern und riß Geröll und Schlamm mit sich fort. Die Straßen wurden stellenweise stark zerrissen. In Kadeberg schlug der Blitz in die Glasfabrik von Hirsch und Bedrich und verletzte einen Arbeiter am Kopfe. Ein zweiter Blitzschlag traf das Grundstück des Bäckermeisters Diehl in der Bahnhofstraße. In Wacha schlug der Blitz in das Haus der Frau Sonntag und zündete, doch konnte der Brand auf den Dachstuhl beschränkt werden. Auch im Bogland sind schwere Gewitter aufgetreten. In Plaue verlangte infolge Blitzschlages der Kraftstrom des Elektrizitätswerkes. Ein weiterer Blitz schlug in die Leitung des städtischen Fernsprechnetzes, wodurch viele Telefonauskäse außer Betrieb gesetzt wurden. Auch eine längere Betriebsstörung auf den Strahlenbahnen trat ein. Auf der Hegelstraße brannte infolge Blitzschlages das dort gehörige, an einen Landwirt verpachtete, mit Heu und Stroh sowie landwirtschaftlichen Geräten gefüllte Gebäude völlig nieder. — In Gumbach bei Glauchau wurden durch Blitzschlag eine Scheune und ein kleines Stallgebäude eingestürzt.

**Niederodewitz (Warnung.)** Mit schwindelhaften Benehmen verdrängen sich in unserem Orte drei Vertreter der Versicherung des „Nach Feiertage“, Versicherung, Nürnberg, welches ein großes kapitalistisches Unternehmen ist. Vor einigen Wochen verunglückte der hiesige Arbeiter Karl Under bei Dachbedararbeiten tödlich und da er bei obgenannter Versicherung versichert ist, wurde Antrag auf Auszahlung, welche auf 1000 Mark bei tödlichem Unfall lautet, gestellt. Doch, was mußten die Hinterbliebenen erleben? Es wurde ihnen berichtet, daß die Versicherung nur mit gutem Willen eine Summe von 200 Mark bewilligen könne und nicht mehr erhalten sie ausgezahlt. Nun aber, was das Schwindelhafte der Vertreter, welche in Oberwitz auftreten, ist, sie schlagen große Kessame, daß die Frau des verstorbenen Under 1000 Mark ausgezahlt erhalten habe. Darauf sind nun viele in unserem Ort hineingefallen und haben sich in die Versicherung eingetragen lassen. Da nun angenommen wird, daß sich diese Schwindler auch in den Nachbarorten verbreiten, wird hiermit vor ihnen gewarnt und auf die richtige Begebenheit hingewiesen.

Arbeiter, wie lange laßt ihr euch noch von diesen kapitalistischen Unternehmungen irreführen, kämpft geschlossen für eine bessere Stellung eures Lebens, damit werdet ihr mehr erreichen, als mit dieser Versicherung, welche nur darauf hinausgeht, eure lauer verdienten Großen aus euch herauszuloden.

**Burgstädt, 1. August.** Großfeuer. In Reudorf brach am Donnerstag vormittag auf bisher noch nicht gekannte Weise in der Holzwerkerei von Beunhardt u. Lohse ein Brand aus, der infolge der rücksichtslosen Führung trotz des sofortigen Eingreifens der Feuerwehr das ganze Haus in Asche legte.

# Abschluß der Krise in der Freidenkerbewegung

Am 1. und 2. August fand in Leipzig die außerordentliche Hauptversammlung der „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“ statt und beendete eine seit Mai bestehende Krise, die namentlich in Thüringen und Leipzig zu den schärfsten Kämpfen führte. Am 24. Mai hatte die nach der Hauptversammlung höchste Instanz, die Reichszentrale, mit 17 gegen 3 Stimmen den damaligen Hauptvorstand zur Niederlegung der Ämter aufgefordert und, als 5 von 9 Hauptvorstandsmitgliedern die Sitzung verließen, einen neuen provisorischen Hauptvorstand gewählt. Jene 5 Mitglieder des alten Hauptvorstandes traten in ihrer Parteipresse auf, welche die Beschlüsse der Reichszentrale anfochten; Verkündigungsversuche scheiterten, und am 1. und 2. August tagte die durch dreiviertel der Landesgebiete einderufen außerordentliche Hauptversammlung, auf der von 61 berechtigten Delegierten 60 aus allen Landesgebieten vertreten waren. Die 6 Dissidenten des alten Hauptvorstandes, die nur kleine Teile der Mitgliedschaft von Sachsen-Thüringen auf ihrer Seite haben, waren trotz Einladung nicht erschienen.

Unter notarieller Beglaubigung der Unterschriften erfolgte zunächst die Legitimierung der Hauptversammlung, indem 56 der Delegierten bei Stimmhaltung von 4 Delegierten für die Rechtmäßigkeit der Hauptversammlung, die von den 5 Vertretern des alten Hauptvorstandes angefochten wird, stimmten. — Mit ähnlicher Majorität wurde die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse der Reichszentrale vom 24. Mai anerkannt und die von der Reichszentrale vom 22. Februar gegründete „Freidenker-Verlags-G. m. b. H.“ für aufgelöst erklärt. Parteipolitische Tendenzen kamen weder bei dieser noch überhaupt bei irgendwelchen Abstimmungen zum Ausdruck. Ferner wurden die 6 spaltenden Mitglieder des alten Hauptvorstandes ausgeschlossen, und zwar grundfänglich einstimmig.

## Aus den Gewerkschaften

### Verbandstag der Tabakarbeiter

Am Mittwoch, den 12. August, finden für die Zahlreiche Dresden die Wahlen für die Delegierten des Tabakarbeiterverbandstages statt. Alle Tabakarbeiter und Arbeiterinnen geben ihre Stimme nur den Kollegen der Opposition, den Kandidaten

Bernhard Schnabel, Zigarettenarbeitersektion, und Richard Spengler, Zigarettenarbeitersektion.

Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt von 4 bis 8 Uhr nachmittags. Wahlbeteiligung ist Pflicht.

### Das „Neue Lüfterl“ bei Leutert u. Schneidewind

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

„Jetzt gehts halt in anderem Tone, der neue Betriebsleiter Harry Kirstein duldet so was nicht, es weht halt a neues Lüfterl! So lieh sich der Oberbruder Babst vernehmen. „Vor 4 Uhr steht mir niemand an der Gasse Hände waschen.“ Verschiedentlich erwiderte der gehorsame Schmaroker der Geschäftsleitung Kolleginnen, die sich in diesen überheißten Tagen einen Augenblick auf ihren Schemel legten. Flugs ließ er diese zur Gegen demonstration umsitzen, Füße nach oben. Sollte wohl dem neuen Betriebsleiter Anstoß zur Frage sein, warum dies. Auf diese Weise hätte er ja seine „falsche“ Tüchtigkeit als Parteischinder erfahren können.

Bei der Firma L. & S. geht das Geschäft laut. Daß dies in der Hauptsache an den unfähigen (soll heißen faulen) Arbeitern liegt, versteht sich am Rande. Nicht die technische Unfähigkeit ist es; bewahrt, lauter Prachtstücke. So mußte man sich einen neuen Betriebsleiter anschaffen, der erlernen etwas auf die Socken hilft. Anfangs hielt es Herr K. nicht für nötig, die Kollegen zu grüßen. Er muß dabei gewisse Erfahrungen gesammelt haben, denn nicht lange darauf hat er's gelernt. Oder wollte er seine Hündchen kennenlernen, die ihm denot und hündisch den Gruß nachtrugen?

Es weht halt a neues Lüfterl, ob es auch unserm „Gelle“ die gewohnte Mittagsgarke beim Feiern verbläsen hat? Alles in allem, schon manches hat Harry lernen müssen, seit er bei L. & S. ist; es wird noch manches hinzukommen. Z. B. wird er schließlich die Methode des Jenzurengebens in den Druckbüchern einführen können. Wenn ja, dann bitte die Rubrik des „litteischen Setztragens“ nicht vergessen. Für unsere Kollegenschaft bedeuten die Vorgänge erneut: Augen auf, feines Rückgrat, auf jeden Fall zwei Stöße wieder.

### Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Pirna

Die Gemeinde- und Staatsarbeiter der Illise Pirna hielten am 25. Juli im Volkshaus Pirna eine Mitgliederversammlung ab, in der zu dem neuen Schiedspruch für die Gemeinde- und Staatsarbeiter Stellung genommen wurde. Die Mitgliederverteilung protestierte gegen das Verhalten der Gewerkschaftsorgane, die diesen hohnsprechenden Schiedspruch angenommen haben. Es war den Mitgliedern unverständlich, daß angesichts der Jollwuchervorlage, die Mieterhöhungen und der schlechten Lebenslage der Arbeiter überhaupt ein solcher Schiedspruch mit lumpigen 5 Pfennigen Lohnerhöhung bis 31. Dezember angenommen werden konnte und noch von den Mitgliedern zu verlangen, sich ebenfalls diesem Schiedspruch zu unterwerfen. Die Versammlung forderte von der Gewerkschaft die Ablehnung dieses Schiedspruches und Mittel und Wege zu ergreifen, um der Arbeiterchaft ein zu ihrer Existenz notwendiges Auskommen zu ermöglichen. Die Versammlung beschäftigte sich des weiteren auch mit dem Rundschreiben des DGB, das auf den Jollwucher Bezug nimmt. Die Versammlung stellte mit Fremden fest, daß das Gewerkschaftsstatut gegen den Jollwucher und Steuerraub nichts unternommen hat. Lebhaftige Entrüstung löste bei der Versammlung die Mitteilung aus, daß das Gewerkschaftsstatut sowohl als auch die SPD, es abgelehnt haben, einer Einladung der KPD, zu einer gemeinsamen Demonstration gegen den Jollwucher und die Mietererhöhung zu folgen.

### Streikversammlung der Zittauer Bauarbeiter

In der am 28. Juli in Zittau stattgefundenen Streikversammlung der Zittauer Bauarbeiter nahm man Kenntnis von dem Verlauf der Verhandlungen, die von beiden Seiten geführt wurden. Auf das Angebot der Unternehmer hatte die Bauarbeiterchaft nichts weiter zu lazen, als es mit einem Lohnlöcher auf den Lippen zu beantworten. Wenn die Unternehmer den Kampfesgeist der Bauarbeiterchaft gedenken, mit solchen Mitteln zu durchbrechen, so sei ihnen gesagt, daß die Bauarbeiterchaft einmütig besteht und der Dings hart, die La

Die Versammlung befaßte sich vorwiegend mit organisatorischen Aufgaben, beschloß eine neue Sitzung, führte Neuwahlen aus (als 1. Vorsitzender wurde Genosse Fritz Schmidt (KPD), als 2. Vorsitzender wurde Friedrich Keder (Leipzig), gewählt) und beschloß, für die G. p. F. die Form des eingetragenen Vereins anzunehmen. Das bisherige Aktionsprogramm wurde einstimmig dahin geändert, „die G. p. F. ist eine auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Kulturorganisation, die im Rahmen der gesamten Arbeiterbewegung die weltanschauliche Seite des Sozialismus pflegt. Sie ist der internationalen proletarischen Freidenker“ angegeschlossen. Als Sitz der Zentrale wurde Leipzig gewählt.

Referate hielten: Genosse Dr. Kriese-Berlin über Bildungsfragen und die Durchführung kollektiver Bildungsarbeit, sowie Genosse Prof. Wager-München über das Parteiche Konforbat.

Es wurde der allgemeine Wunsch geäußert, eine Einheitsorganisation aller proletarischer Freidenker zu schaffen, d. h. eine Vereinigung der G. p. F. mit den beiden Feuerbestattungsstellen. Beschlossen wurde, zu den russischen Freidenkern eine Delegation zu senden. Der Anschlag an die ZKB wurde bekräftigt mit 21:21 Stimmen. Ueber die proletarische Freidenker-Internationale wurde ausführlich von dem Genossen Wolf, Leipzig berichtet.

Die Tagung fand in ihrer moralischen Haltung auf einer außerordentlichen Höhe, zu der nicht zum geringsten die große Wahrung des alten Freidenker-Kämpfers, Gen. Bruno Drensen, beitrug:

Denkt an die Zukunft, begrabt das Vergessene!

Die Bahn ist frei zum einmütigen Kampf gegen die bürgerliche Reaktion!

kommen. Hier sieht man keinen Unterschied unter den Kollegen, der Kampfesgeist, wie wir ihn in der Vorkriegszeit nicht mehr gefannt haben. Ein Antrag, der dahin geht, von der Reichsregierung die Vollamnetie zu verlangen, die unsere getreuen Genossen, ganz gleich, welche Straftat sie begangen haben, freizulassen, wurde einstimmig angenommen.

### Metallarbeiterversammlung in Zittau

Am Mittwoch, den 29. Juli, fand in den Drei Kammern in Zittau eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, zu der über die letzten Ereignisse vom Bezirksleiter Kollegen Traugotter Bericht erstattet wurde. Seine Ausführungen wurden öfters durch Zwischenrufe unterbrochen. Er konnte nicht aus auf gewerkschaftlichem Gebiet den Kollegen sagen. Immer wieder die alte Walze, sein Geld und so viel, die nicht organisiert sind, hindern den Verband, einen Kampf aufzunehmen. Ererbitterung machte sich diesmal besonders bei den alten Kollegen bemerkbar, die schon über 20 Jahre dem Verband angehören. Ganz besonders wurde über den Schlichter besprochen und betont, was er wieder einmal für Mitteldienste den Arbeitnehmern geleistet hat. Deutlicher und klarer kennzeichnete der Kollege Heptner die heutige Schlichtungsordnung und ihre Auswirkung. Er kennzeichnete ganz besonders die Einstellung des sozialdemokratischen Schlichters, indem er betonte, daß das nicht nur die Schuld des Schlichters allein ist, sondern im Wesen der Gewerkschaftsführer und der Sozialdemokraten begründet liegt. Kollege Heptner betonte mit Recht, daß Haas nur ein Samenkörner ist von den Pflanzen der Führergarnitur der SPD. Er kennzeichnete auch den Artikel in der letzten Metallarbeiterzeitung mit der Überschrift „Taschen zu“. Er sagte den Kollegen in seinen Ausführungen, welchen Einbruch die Delegation in Kuhlau gemommen hat und gab dem neuen Bezirksleiter mit auf den Weg, daß es die Kollegen fertig bringen werden, trotz der Sabotage Licht ins Dunkel zu bringen. Ein Antrag auf Vollamnetie, die für unsere Gefangenen Genossen gewährt werden muß, wurde vom Vorstandlich mit der Begründung abgelehnt, man sollte dieselbe den Betriebsräten unterbreiten. Die verammelten Metallarbeiter waren einer anderen Meinung. Die Abstimmung ergab, daß nur 3 Kollegen dagegen gestimmt haben. Dies waren 3 Reichsbannerleute.

## Genosse! Berichte!

### Gegen den Lohnbetrug an den Metallarbeitern

Die Belegschaft des Betriebes Elektrowärme Siemens in Neulörnemik und Weigen beschloß in ihrer am Dienstag, den 28. Juli, abgehaltenen Betriebsversammlung nachstehenden Antrag an die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, an den Hauptvorstand des DGB, und an den Vorstand des DGB zu richten.

„Die am 28. Juli tagende Betriebsversammlung des Elektrowärme Siemens erklärt, daß die letzte Lohnbetrug infolge der bisher geübten Gewerkschaftspolitik nicht mehr zu einer Niederlage der Metallarbeiter gestaltete. Die Betriebsversammlung ist der Auffassung, daß für die Zukunft neue Kampfmethoden angewandt werden müssen. Um den Gegner zu schlagen, muß die Arbeiterchaft auf der ganzen Linie angreifen. Der geschlossene Angriff ist bereits der halbe Sieg. Die Betriebsversammlung verpflichtet ihren Delegierten, auf dem Gewerkschaftstangreich in Breslau zu verlangen, daß die Frage der gewerkschaftlichen Kampfmethoden ergiebig diskutiert wird.“

### Unternehmerrechte als Streifbrecher beim Bauarbeiterkampf

Wie manche Arbeiter zu Unternehmerrechten werden, zeigt folgender Vorfall: In Taubenheim beim Tischlermeister Wagner auf dem Bau wird trotz Bauarbeiterstreik ruhig weiter gearbeitet, was schon die „Lößauer Volkszeitung“ festgestellt hat, weil da ein ehemaliges Mitglied der KPD arbeitet, was des Antifaschistenhabits natürlich zu einer wüsten Kommunistenbege benutzte. Aber an dieser Stelle sei gesagt, daß der belagerte Ewald Strehle aus Sohland schon lange der kommunistischen Partei den Rücken gekehrt hat, was für uns durchaus keinen Verlust bedeutet, und zum anderen ist Strehle aus Polier auf dem Bau. Doch nun kommts noch besser: Bitte voriger Woche fand nun der sogenannte Hebelmannsitz, wozu auf dem Bau noch oben die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt wurde, eine nationalitätliche Rede wurde geschwungen und zum Abschluß wurde dann noch eine große Wurst Alkoholverkostung, was am anderen Morgen noch zu merken war, aber allem Anschein nach führten sich die Arbeiter wohl in dieser Gesellschaft. Das der Arbeiterchaft von Taubenheim sei gesagt, dieser Bauarbeiterchaft Aufmerksamkeit wie bisher zu widmen, ist doch der belagerte Tischlermeister Wagner ein großer Gegner der Arbeiterchaft, damals als Junge schnell bei der Hand war, als es galt, kommunistischen Gemeinde-Verordneten eine Strafe bürden.



# Verbandstag der Buchbinder und Papierverarbeiter

Die graphischen Verbandstage in diesem Jahr scheinen sich durch eine besonders reaktionäre Tendenz auszeichnen zu wollen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen des Vorjahres, die am 25. Juli in der Reichshalle in Berlin abgehalten wurden, wurde der Verbandstag der Buchbinder, der in Hamburg vom 25. Juli bis 1. August tagt, ebenfalls abgehalten. Unter Vorsitz von Dr. H. H. H. wurde eine Begründung für die Abweisung der Verhandlungen gegeben. Die kommunistischen Mitglieder des Verbandes haben also nach dem Willen der Reformisten ohne Berücksichtigung der Sozialdemokraten in die Verhandlungen teilgenommen. Von der viel gepredigten Meinungsfreiheit und Demokratie der Sozialdemokraten ist auch hier nichts zu hören. Der Verbandstag zeigt sehr deutlich die Tendenz, die der Verbandstag der Buchbinder und Papierverarbeiter haben soll, nämlich den Kampf gegen alle diejenigen, die nicht die vom Verbandsvorstand gestellte und abgestimmte sozialdemokratische Meinung haben.

## 1. Verhandlungstag

Der Verbandstag wird mit einer kurzen Begrüßungsrede von Brüdner eröffnet. Er empfiehlt einen Protest an die Reichsregierung gegen die Zollvorlage. Derselbe wird einstimmig angenommen. Außerdem schlägt er vor, der sozialdemokratischen Parteiführung Anerkennung für ihr Verhalten im Zollkampf zu erteilen. Kollich-Leipzig erklärt, daß der Verbandstag dann vor allen Dingen der SPD Anerkennung und Vertrauen für den Kampf gegen den Zollwucher aussprechen muß und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Der Vorsitzende des Verbandstages antwortet darauf mit einer Schimpfkanonade gegen die SPD. Die SPD wolle das Parlament sprengen. Der Verbandstag könne sich eine Arbeit nicht durch eine Ernüchterung unterziehen. Der Antrag, der SPD die Anerkennung auszusprechen, wird angenommen, der Antrag Kollich zum Ausschluß abgelehnt.

Anschließend folgen die Begrüßungsansprachen. Brühns spricht für den ADGB, daß für den Graphischen Bund, Grünfeld überbringt die Grüße der österreichischen Bruderorganisation. Oesterreichische unter der Kontrolle der Entente. Die Arbeiterklasse ist nicht zu bezahlen, die Kontrolle richte sich nicht gegen die Bourgeoisie, sondern gegen die Arbeiterklasse. Für die österreichische Bruderorganisation spricht Wörten und wünscht dem Verbandstag vollen Erfolg.

Der Verbandstag tritt nunmehr in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung ein: Geschäftsbericht des Vorstandes. Derselbe enthält den Bericht des Haupteinzelmannes. Der Verband habe heute 47 Prozent aller Berufsangehörigen erfasst. Der Mitgliedsbestand sei im Jahre 1922 mit 98 000 erreicht worden. Die Mitgliederzahl senkte sich in der Inflation auf 48 000 und beträgt heute rund 50 000. Noch nicht erfasst von der Organisation seien 12 000 männliche und 32 000 weibliche Berufsangehörige. Im Anschluß an den Novemberstreik 1923 in Berlin, der nach dem Willen der SPD, der Vorläufer einer neuen „Resolution“ sein sollte, sei der Anschluß von neun Mitgliedern aus der Berliner Organisation notwendig gewesen, worauf in Berlin die Beiträge geipert wurden. Die Ausgewählten seien zwar bereit gewesen, die Beiträge an den Verbandsvorstand abzuführen, das sei aber vom Verbandsvorstand abgelehnt worden. Die nachher einwirkenden Einheitsbeiträge seien nur auf den Druck der SPD zurückzuführen. Der Verbandsvorstand sei bereit, jeden aufzunehmen, der das Statut anerkenne. Die Oppositionellen wollen aber nur zurücktreten, um weiter zu kämpfen. — Der Gegenstand Berlin sei wieder in Gärung, unter Umständen sei der Verbandsvorstand verpflichtet, wiederum in die Streitigkeiten in Berlin mit „taucher Hand“ einzugreifen.

Der Verbandstag müsse zu neuen Kämpfen gegen die Unternehmertreue rufen.

Darauf gibt Lender den Kassenbericht. Es sei nur möglich gewesen, die Organisation durch ausländische Hilfe aufrecht zu erhalten. Der Verbandsvorstand sei bestrebt, die anwachsenden Kassenbestände sicherzustellen. Er habe sich am Grundbesitzerwerb beteiligt. Der Kassenbestand der Beiträge sei noch bei weitem nicht erreicht, deshalb sei Sparmaßnahme notwendig.

Nachdem Zinke-Leipzig kurz noch zum Bericht des Ausschusses sprach, berichtet Hein-Hamburg für die Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind 63 Delegierte. Von Halle und Berlin sind Proteste eingelaufen. Auf Antrag der Mandatsprüfungskommission werden die Proteste abgelehnt und alle Mandate für gültig erklärt.

In der Diskussion spricht Böhm-Leipzig: Der Ausgang des Verbandes liege in enger Verbindung mit der Spaltung der Berliner Jahrestelle, die ausschlaggebend für den gesamten Verband sei. Die Leipziger Kollegenschaft müßte die Auswirkungen der Spaltung in jeder Bewegung spüren. Die Auswirkungen der neuen Steuern und der geplanten Zollvorlage erfordere die Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse. Die Kollegenschaft fordere die Einheit mit den Ausgeschlossenen. Erst wenn diese hergestellt sei, könne die Werbe- und Schlagkraft des Verbandes wieder hergestellt werden.

Weiter sprechen die Kollegen Fuhrmann, Vahr, Korneder, Reuter, Kraus über den „ruhigen“ Verbandstag. Ferner Krieger, Rahnert, Walter, v. d. Kendl. Nach einigen weiteren

Kohären, die nichts wesentliches anfügen, erhalten Lender und Haupteinzelmann das Schlagwort:

Einer neuen Inflation gegenüber sei der Verbandsvorstand besser gerüstet als früher. Der Verband habe leider seinen Nachwuchs. Die Älteren wollen länger leben als das Fuder. Die Jugend müßte mehr unter der Anleitung der Älteren arbeiten. Ein Antrag H. H. H. Berlin, dem Verbandsvorstand Dank und Vertrauen auszusprechen, wird angenommen.

Im Anschluß an den Bericht der Mandatsprüfungskommission gab Z. H. H. Berlin bekannt, daß von den Kollegen Martin und Sellmann aus Stuttgart, der Kollege Fickert-Dresden und von Kollegen Frenzel-Berlin Protest gegen ihre Ausschüsse eingelaufen seien. Die Beschwerden von Martin und Sellmann werden der Beschwerdekommision überwiesen. Die Anträge Frenzel und Fickert seien zu spät eingereicht. Kollich-Leipzig beantragt, die Beschwerden trotz der Kommission zu überweisen, da im Falle Frenzel die Unterbrechung der Frist unmöglich gewesen sei. Der Antrag Kollich wird abgelehnt.

## Wie wollten die Gewerkschaftsführer kämpfen?

Es ist wichtig, die Dignität, Leipziger und Genossen (die angeblich so tapfer kämpfen gegen Zoll und Steuern) an einen Vergang, der sich auf dem letzten Gewerkschaftstreffen 1922 abspielte, zu erinnern. Bei der erregten Debatte über die Ablehnung des damaligen U.S.V.-Antrages zum Bericht des Vorstandes wurden nach dem offiziellen ADGB-Protokoll u. a. folgende Worte gebraucht:

**Dignität:** ... geht die Verletzung des Proletariats so fort, bräuen die Reaktion und die bürgerlichen Parteien der gesamten Wirtschaft- und Steuerpolitik immer mehr ihren Stempel auf, dann verlangen wir vom ADGB und dem A.S.V.-Bund, daß alle gewerkschaftlichen Kampfmittel, wie es hier heißt, wenn sie geeignet erscheinen, auch angewandt werden, und daß, wenn es nicht anders geht und die Situation dazu zwingt, auch vor dem Generalkrieg nicht zurückgeschreckt werden darf.

Auf die Ausführungen von Dignität antwortete

**Leipziger:** ... Das ist ganz etwas anderes, dann handelt es sich ... um einen letzten Verzweiflungskampf des Proletariats, um entweder dem Hungertod zu entgehen oder den Sieg der erstarrten Reaktion zu verhindern. Ich habe die Hoffnung, daß niemand auf diesem Kongress ist und daß niemand unter unseren acht Millionen kein Moge, der nicht mit Dignität einverstanden ist, daß wenn dieser Fall eintritt, dann auch vor dem letzten Mittel nicht zurückgeschreckt werden soll. (Beifall) Darüber besteht also keine Meinungsverschiedenheit, darüber brauchen wir gar nicht abzustimmen, vor allem nicht namentlich.

Also nicht nur Dignität, sondern selbst der Erztariffmeister Leipziger erklärte unter Zustimmung des gesamten Gewerkschaftskongresses, das Ultima-ratio, den Generalkrieg, für den Fall anzuwenden, wenn die Reaktion und die bürgerlichen Parteien der gesamten Wirtschaft- und Steuerpolitik immer mehr ihren Stempel aufdrücken. Niemand wird bestreiten können, daß dieser Fall heute zur nackten Wirklichkeit geworden ist und daß daher alle proletarischen Kräfte aufgerufen werden müssen, um im Sinne der Ausführungen Dignitäts und Leipzigers auf dem Leipziger Gewerkschaftstreffen zu handeln.

Für den Fall, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer einwenden, daß heute die Gewerkschaften nicht mehr die Stärke von 1922 haben, sei ihnen gesagt, daß der Mitgliedertückgang lediglich eingetreten ist durch das häßliche feige Ausweichen der Gewerkschaften vor dem Kampf. Wird der Kampf aufgenommen, dann werden die Gewerkschaften nicht nur sehr schnell ihre alte Stärke wieder erreichen, sondern weit darüber hinaus das gesamte deutsche Proletariat wird mit Freude und Reflexion in die Kampffront einziehen. Das zu erreichen, den gemeinsamen Kampf auf der ganzen Linie zu führen, das muß das Ziel und die Tätigkeit jedes Proletariats sein.

## Zodesahnungen der Bourgeoisie

Immer häufiger werden in der bürgerlichen Presse aller Länder Stimmen laut, welche den ausweglosen Nihilismus der Ausbeutergesellschaft, die ihr Ende herannahen sieht, manchmal in sehr drastischer Form zum Ausdruck bringen. So schreibt ein Deutscher in der „Völkischen Nationalzeitung“ unter dem Titel „Industriedämmerung“ u. a.:

Wir hatten am Labyrinth der Politik, worin sich keiner mehr auskennt — am allerwenigsten wohl die Politiker und Staatsmänner, welche am intensivsten miterschlagen sind — gerade genug. Aber mitten im politischen Labyrinth bereitet

ihm immer bedrohender der dunkelste Wolp der internationalen Wirtschaftskrise, der die Verzerrung ganz heillos macht. Immer unbeholfener bewegt sich die Weltwirtschaft in Käfig dieser Materialen Widersprüche: Zwang des Freihandels und Zwang des Schutzzolls zugleich. Am wieder in Schwung zu kommen wie einst, hätte die Wirtschaft den Freihandel aufgeben müssen. Die jetzt als unheiliger Grundbaustein nötig. Aber so sehr die Staaten für ihre geschwächten Völker billiger Waren bedürftig, so sehr sind sie, um wieder fürter und stabiler zu werden, auf unheilvolle Eigenwirtschaft angewiesen.

Die „Schneefälle“ froh zwar längst schon heimlich um sich, aber plötzlich ist sie sichtbar da, und nun erfüllt sich der Wunsch, das unauffällige, „auf der letzten Ebene“ Abwärtsgeraten, rasend schnell. Zeigte denn die Weltwirtschaft in diesen Wochen nicht, daß sie wie von Schneefällen befallen ist? Die englische Krise wird durch sekundäre Mittel diegemat und gedämpft, sie ist deswegen nicht beseitigt und wird sich bald wieder zur Entladung drängen, weil sie muß. In Deutschland war die Industriedämmerung, wie wohl viel erwartet, überaus heftig.

Vor dem Tod tritt der Schwindsichtige in die sogenannte Euphorie, in ein unnatürliches, selbstmörderisches Hochgefühl, welches Zeichen der nahen Katastrophe. Steht Deutschland in Euphorie?

Dann zum Schluß die elegische Klage:

„Vierzig Millionen Engländer von fünfundsiebzig leben im Grund von einer Fiktion, die sich ganz verflüchtigt, wenn die künstlichen Voraussetzungen nicht mehr da sind. Der Weltmarkt ist plötzlich nicht mehr imstande, die „um der Produktion willen produzierte Produktion“ zu verdienen, und somit bröchen die Produktionsstätten zusammen.“

Das Kapitalistenblatt sieht zwar ein, daß die „rückholste Jollverminderung“ nicht die Rettung bringt, daß eigentlich Freihandel nötig wäre, aber — die Karre des Kapitalismus steht schon so tief im Sumpf, daß er diesen Weg nicht beschreiten kann. Also — „Industriedämmerung“. Was viele „Industriedämmerung“ für die Millionen Proletariat mit Weib und Kind bedeutet, nämlich die Verelendung, das elende Hungertreiben, das interessiert diesen Kapitalistenphilosophen natürlich nicht. Er meint, die „Krankheit dieser Zeit“ sei eine „Leidenschaft“, und ruft gefühlvoll: „Nacht das Leben sinnvoller!“ Aber: „Ist das Ergebnis nicht schon viel zu nah?“ Schlichter er tiefbestimmt.

Der Imperialismus der Ausbeuter aller Länder rüttelt mit aller Macht, um durch einen neuen, noch grausameren Weltkrieg das Leben wieder „sinnvoller“ zu gestalten.

Aufgabe des Weltproletariats ist es, die Machtpole und hegreiche Einheitsfront zu schaffen und in neuen Kämpfen gegen das Kapital der Ausbeuterklasse endgültig und für immer die Nacht zu entreißen.

Der Sieg des Proletariats gibt allein der Welt einen neuen Sinn!

## Defizitwirtschaft bei den englischen Eisenbahnen

Unter dem Titel „Die Politik der anderen“ bringt die „Journale Industrielle“ einen recht schadenfreudigen Artikel über die schwierige Situation der englischen Eisenbahnen. Das Blatt teilt diese Schwierigkeiten ganz richtig von der allgemeinen Wirtschaftskrise Englands her und bemerkt, daß die englischen Bahngesellschaften schon 5 1/2 Millionen Pfund aus ihren Reserven entnehmen mußten, um die Defizite zu decken. Die Gesamteinnahmen pro 1924 blieben um über 2 1/2 Millionen Pfund hinter denen des Vorjahres zurück; die Gesamtausgaben dagegen stiegen um 1 200 000 Pfund. Der Rückgang der Einnahmen ist ausschließlich durch den verminderten Wagonverkehr verursacht; der Eingang aus dem Personenverkehr hat sich sogar etwas gehoben.

Der Wagonverkehr ging derzeit zurück trotz einer seit August 1923 eingeführten Frachtermäßigung, deren Zweck war, den Verkehr zu heben.

Die „Journale Ind.“ bemerkt, der einzige Weg, Einnahmen und Ausgaben in dieser kritischen Zeit in Übereinstimmung zu bringen, wäre die Verminderung der Ausgaben. Aber: „Angesichts der Tatsache, daß die einzelnen Eisenbahngesellschaften am Bestreben, diesen Weg der Sparmaßnahme zu verhindern durch die Erhöhung eines äußerst scharfen Lohnsollens, der für ihre Finanzlage wie für das Leben des ganzen Landes die schwersten Folgen haben könnte.“

Das Kapitalistenblatt bemerkt ferner, daß heute die englischen Eisenbahnen auch in drei verschiedenen Gewerkschaften organisiert sind, in der Gewerkschaft der Heizer und Mechaniker, in der Landesgewerkschaft der Eisenbahner und im Verband des Verwaltungspersonals.

Von den Bemühungen, die nationale Gewerkschaftseinheitsfront herzustellen, sagt das Blatt, daß darüber „mit gutem Recht“ die englische Öffentlichkeit (d. h. die Bourgeoisie) sehr beunruhigt sei.

„Fein“, so heißt das bürgerliche Blatt, „diese drei großen Gewerkschaften sind mit den Arbeitgeberverbänden verbunden und haben auf ein gemeinsames Programm und über die Zeit hinaus Verwirklichung einigen, so wird für England eine Zeit der allerschwersten Schwierigkeiten anbrechen.“

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Deutscher“-Verlag, Dresden. — Verantwortl. Redakteur: Rudolf Kerner, Dresden.

# DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair  
Neubearbeitung

Übersetzung aus dem von Upton Sinclair neu bearbeiteten amerikanischen Original des Romanes von Upton Sinclair. Copyright by „Der Weltverlag“ 1924. Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks und der Übersetzung vorbehalten.

(62. Fortsetzung)

Für Jurgis war tatsächlich kein Platz, wohin er auch hätte, keins müßte er dies von neuem erkennen. Alle Gebäude brüllten es ihm entgegen: die schönen Privathäuser mit den vergitterten Fenstern und schweren verzierten Türen, die großen Warenhäuser, angefüllt mit Produkten aus aller Welt, behütet von eisernen Kolladen und schweren Gittertüren, die Banken, in denen sich ungeheure Millarden anhäuferten, begraben in Eisen und Gewölben.

Und dann erlebte Jurgis eines Tages das schlimmste Abenteuer seines Lebens. Es war spätmorgens, ein heftiger Schneefall hatte eingesetzt, und Jurgis war es noch nicht gelungen, den Preis eines Nachtlagers zusammenzubekommen. Er mischte sich unter die aus den Theatern heimkehrende Menge, drückte hierhin und dorthin, hoffte, in keiner letzten Verzweiflung, verhaftet zu werden. Als er jedoch einen Blaurock auf sich zustreben sah, erschrak er dennoch und rannte eine Seitenstraße entlang. Ein Mann kam ihm entgegen, er stellte sich vor ihn hin. „Bitte Herr“, begann er mit der üblichen Formel, „geben Sie mir Geld für ein Nachtlager.“ „Ich habe mir den Arm gebrochen, kann nicht arbeiten, bin völlig mittellos.“ „Ich bin ein ehrlicher Arbeiter, Herr, habe früher nie gebettelt. Es ist nicht meine Schuld, Herr.“ „Jurgis leierte seine Formel merk ab, bis er unterbrochen wurde; dieser Mann jedoch unterbrach ihn nicht, und so flackte er denn atemlos. Nun erst bemerkte er, daß der Mann taumelte. „Was — was sagen Sie?“ fragte er mit dreier Stimme. Jurgis begann von neuem, diesmal langsam und deutlich, und noch ehe er

zu Ende war, legte ihm der Mann die Hand auf die Schulter: „Armer Teufel“, sagte er mit betrunkenem Lallen. „Es geht schief, he?“

Dann fiel er gegen Jurgis, legte ihm den Arm um den Hals. „Auch ich stehe gegen die ganze Welt, mein Alter, es ist eine böse, alte Welt.“

Sie hatten sich einer Laterne genähert und nun vermochte Jurgis den anderen genauer zu sehen. Er war ein junger Burleske, etwa achtzehnjährig, mit einem hübschen, knabenhaften Gesicht. Er trug einen Zylinder, einen warmen Ueberrock mit Pelztragen und lächelte Jurgis mit wohlwollender Teilnahme zu. „Auch mir geht es schlecht, mein Freund, ich habe gravame Eltern, sonst hülfte ich Ihnen. Was ist mit Ihnen los?“

„Ich war im Spital.“

„Spital?“ Der junge Burleske lachte noch immer. „Das ist ja arg. Auch meine Tante Polly liegt im Spital... Die alte Tante hat Zwillinge bekommen... Was hat denn Ihnen gefehlt?“

„Ich brach mir den Arm“, begann Jurgis.

„So“, unterbrach ihn teilnahmewoll der junge Mann. „Nun, das ist nicht so arg; davon erholt man sich. Wenn nur jemand mit den Arm bräche, hol's der Teufel... dann würde ich daheim besser behandelt werden. Lassen Sie mich nicht fallen, mein Alter... Was wollen Sie eigentlich von mir?“

„Ich bin hungrig, Herr.“

„Hungrig? Weshalb essen Sie denn nicht?“

„Ich habe kein Geld.“

„Kein Geld, hm, mir geht es genau so... Wir wollen Freundschaft schließen. Weshalb aber gehen Sie nicht heim?“

„Ich habe kein Heim.“

„Kein Heim? Sind also fremd hier?... Das ist böse. Wissen Sie was, kommen Sie mit mir heim, ja, bei Gott, bekommen wir ein gutes Souper... Niemand ist so dort bekommen wie ein gutes Souper... Genug um einen dem Trunk Haus... Furchbar einsam... Genug um einen dem Trunk zu treiben... Bloß der alte Ham steht hinter mir, jetzt... Ich kann so nicht essen... ziehe den Korb vor... aber ich kann nicht dort schlafen... Befehl meines alten Herrn... Haben Sie schon so etwas gehört? So ist mein

alter Herr, hart wie Stahl... Der alte Ham beobachtet mich, die Diener spionieren mich aus... Was sagen Sie dazu, mein Freund? Ein netter, ruhiger, gutfertiger, junger Burleske wie ich... und sein Vater kann nicht nach Europa reisen und ihn in Frieden lassen... Ist das nicht eine Schande? Ich mußte Kitty verlassen... Sie meinte, ja, wirklich, mein Alter... Laß mich gehen, Kitzchen, sagte ich, ich gehe, wohin mich die Pflicht ruft. Lieb' wohl, lieb' wohl, mein treues Lieb, Le—e—h mo—ohl, mein treu—eues Lie—le!“ Die letzten Worte klangen ihm um wehmütigen, jammernden Lied auf, und Jurgis blinzelte sich ängstlich um, ob niemand sie beobachte. „Aber ich ging dennoch“, fuhr der junge Herr fort. „Ich tue, was ich will, bei Gott... Freddie Jones läßt nicht mit sich spaßen... Ich weiß, was ich tue, darauf können Sie wetten. Kommen Sie, mein Freund, kommen Sie souperen, seien Sie nicht hochmütig. Ihnen geht es ebenso schlecht wie mir, Sie können mich verstehen... Kommen Sie, wir werden das ganze Haus erheben, Champagner trinken, die Hölle soll los sein... Dabei kann ich tun, was ich will, das hat der alte Herr belobten...“

Arm in Arm strebten sie die Straße entlang, der junge Herr hob den halbbedeckten Jurgis weiter. Jurgis wußte nicht, was tun, kamen sie in eine bevölkerte Straße, so würden sie sicherlich auffallen. Er blieb stehen, fragte: „Ist es sehr weit?“

„Kein. Sind Sie müde?“ Dann wollen wir fahren. Rufen Sie einen Wagen, ich werde zahlen.“ Er zog ein Bündel Banknoten aus der Tasche. Jurgis hatte nie in seinem Leben soviel Geld gesehen; er starrte es mit geweiteten Augen an.

„Sieht noch viel aus, nicht wahr?“ meinte Herr Freddie. „Aber es sind lauter keine. In einer Woche bin ich mittellos, Ehrenwort. Und ich bekomme bis zum ersten seines Cent mehr, keinen Cent... Befehl des alten Herrn. Es ist genug, um einen zum Wahnsinn zu treiben. Habe heute ein Kapseltelegramm abgeschickt. Bin am Wochenende, am der Familienbesuche willen... Schickt mir Best... sonst zwingt mich der Hunger, Euch nachzukommen.“

(Fortsetzung folgt)



# Unfallversicherung — Rabatalsbildung

Von Kurt Gäßler, Weihen  
(2. Fortsetzung.)

Entscheidungen der am 26. Juli beschlossenen Unfallkommission.

4. Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes.  
Nach dem Plane der Regierung sollten die Renten bis zu 20 Prozent Erwerbsminderung vollständig gestrichen werden, bei Berechnung der Renten bis zu 50 Prozent Erwerbsminderung nur die Hälfte des Jahresarbeitsverdienstes und bei den Renten über 50 Prozent 7 Zehntel des Jahresarbeitsverdienstes zugrunde gelegt werden.

Näher wurden 80% des Jahresarbeitsverdienstes zugrunde gelegt und das Einkommen über 1200 Mark nur mit einem Drittel angerechnet (§ 543). Die 20prozentigen Renten sind nicht aufgezinst und werden gegenwärtig mit 1 Mark entrichtet.

Hätte man den Artikel 120 der Unfallnovelle so gelassen, wie vom Reichsarbeitsministerium vorgelesen, so hätte eine gewaltige Klaffigkeit bei den Rentnern Platz gegriffen, und der von der Regierung vorgelesene Teuerungsschlüssel wäre dann kein Teuerungsschlüssel, sondern ein Verbilligungsschlüssel gewesen.

Nach langen Kämpfen ist nunmehr in der Unfallrentenberechnung folgendes festgelegt worden:

1. Bei Unfällen, die sich vor dem 1. Juli 1914 ereignet haben, bleibt der Jahresarbeitsverdienst bestehen, Kürzungen dieses Verdienstes, die damals vorgenommen worden bei der Rentenberechnung, finden nicht mehr statt, da die Beitragsgrenze auf 6400 Mark festgelegt ist. Für die Berechnung der Renten aus den Unfällen vor dem 1. Juli 1914 wird nunmehr folgender Teuerungsschlüssel dem alten Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt:

1,65	für die Unfalljahre	1885—1890
1,50	"	1891—1895
1,45	"	1896—1897
1,35	"	1898—1899
1,25	"	1900—1904
1,15	"	1905—1908
1,00	"	1910—1914

2. Bei den Unfällen, die sich nach dem 30. Juni 1914, aber vor dem 1. Juli 1924 ereignet haben, gelten als Jahresarbeitsverdienst die festgelegten Durchschnittswerte. Die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste sind ein Ausschlag für, welcher aus Vertretern der Unternehmer und Versicherer besteht.

Die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste werden für die Arten von Verletzungen festgelegt, für welche die Genossenschaft zuständig ist, und zwar nach den Verdiensten, welche diese Arten von Verletzungen in den Monaten Juli 1924 bis Juni 1925 tatsächlich erzielt haben. Kann die Berechnung nach den sogenannten Bestimmungen nicht vorgenommen werden, so wird das 100fache des durchschnittlichen Verdienstes für den vollen Arbeitstag als Jahresarbeitsverdienst angenommen.

3. Bei den Unfällen aus der Zeit nach dem 30. Juni 1924, aber vor dem 1. Juli 1925 wird der Jahresarbeitsverdienst durch Berücksichtigung der betriebsüblichen Zahl von Arbeitstagen im Jahre mit dem Reichsmarkentgelt berechnet, den der Versicherte während der Beschäftigung im Betriebe nach dem 30. Juni 1924, aber vor dem Unfall durchschnittlich für den vollen Arbeitstag bezogen hat.

4. Bei Unfällen nach dem 30. Juni 1925 wird die Rente nach dem Entgelt berechnet, den der Verletzte während der letzten Jahre im Betriebe bezogen hat.

War der Verletzte noch kein volles Jahr vor dem Unfall im Betriebe beschäftigt, so wird der Jahresarbeitsverdienst in der Weise berechnet, daß die Zahl der Tage, an denen der Verletzte im Betriebe beschäftigt war, mit dem durchschnittlichen Verdienst für den vollen Arbeitstag vermultipliziert wird. Zugerechnet wird für die übrigen betriebsüblichen Arbeitstage des Jahres der durchschnittliche Verdienst, den während dieser Zeit Versicherte der gleichen Art und Erwerbsfähigkeit im Betriebe oder einem benachbarten Betriebe gleicher Art für den vollen Arbeitstag bezogen haben (§ 506).

### 7. Kapitalabfindung.

Neben den Witwen, die dann abgefunden werden, wenn sie wieder heiraten und in diesem Falle dreifünftel des Jahresarbeitsverdienstes als Abfindung bekommen, können auch Verletzte abgefunden werden.

Sind zwei Jahre nach dem Unfall verstrichen und beträgt die Rente nicht mehr als 10 Prozent der Vollrente, so kann die Genossenschaft durch Gewährung des dreifachen Betrages seiner Jahresrente den Verletzten abfinden.

Beträgt im übrigen die Rente eines Verletzten nicht mehr als ein Viertel der Vollrente, so kann ihn die Genossenschaft mit seiner Zustimmung durch Gewährung dem Werte seiner Jahresrente entsprechenden Kapital abfinden.

Durch die Abfindung wird der Anspruch auf Krankenbehandlung und Berufsfürsorge (§ 55 Nr. 1, 2) nicht berührt. Der Anspruch auf Rente ist trotz der Abfindung begründet, so lange die Folgen des Unfalls nachträglich eine wesentliche Verschlimmerung verursachen. Als wesentlich gilt eine Verschlimmerung nur, wenn dadurch die Erwerbsfähigkeit des Verletzten für länger als einen Monat um mehr als 10 vom Hundert weiter gemindert wird. Die Rente wird um den Betrag getilgt, der bei Berechnung der Abfindung zugrunde gelegt war.

### 8. Rufen der Rente und Verjährung.

Die Rente ruft solange wie der Berechtigte eine Freiheitsstrafe von mehr als einen Monat verbüßt, oder in ein Arbeitshaus bzw. Besserungsanstalt untergebracht worden ist. Anspruch auf Renteleistungen verjähren innerhalb zweier Jahre nach dem Unfall.

### 9. Rentenerhöhung und Bezüge anderer Versicherungen.

Anträge auf Rentenerhöhung haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn der Antragsteller den Beweis erbringt, daß sich ein Unfallereignis wesentlich verschlimmert hat. Jeder Antragsteller hat aus diesem Grunde sich vorher ein ärztliches Zeugnis zu verschaffen, welches bei der Antragstellung mit eingereicht werden muß. Neben der Unfallrente kann der Verletzte auch die Invalidenrente begehren.

### 10. Berufsfürsorge.

Nach § 558 f. umfaßt die Berufsfürsorge:

1. berufliche Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit, soweit der Verletzte durch den Unfall in der Ausübung seines Berufs der ihn billigerweise zugemutet werden kann, wesentlich beeinträchtigt ist, nötigenfalls Ausbildung für einen neuen Beruf.

2. Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle. Die Weigerung des Verletzten sich der Berufsfürsorge zu unterziehen, ist kein Grund zur Herabsetzung der Rente. Die Berufsfürsorge muß von den Verletzten mit einem nassen und trockenen Auge begrüßt werden, jedenfalls werden die Berufsgenossenschaften die Berufsfürsorge nur dazu benötigen, um in ganz gewaltigem Maße die Rente zu quälen.

Dies ist so das Wesentlichste, was die neue Unfallgesetzgebung nach langen Kämpfen gebracht hat, und dies ist verdammlich wenig. Ganz und gar vermisst man irgend welche Änderungen auf dem Gebiete der Rechtsprechung, was eine bittere Notwendigkeit ist, da die heutige Sprachpraxis jeder Beschreibung spottet. Das Unternehmertum bleibt nach wie zuvor Kleinrentner in der Unfallgesetzgebung und wird weiter dafür sorgen, daß auf Rücken der Unfallverletzten selbst, die deutsche Wirtschaft nicht allzulehr belastet wird. An der Arbeiterschaft wird es nun liegen, in den Betrieben und Gewerkschaften dazu Stellung zu nehmen, damit in Zukunft der Arbeiterschaft selbst das weitgehende Mitspracherecht eingeräumt wird. Steht euch nicht ohnmächtig, ohne euch zu wehren, dem Raubsystem des Großkapitals gegenüber. Je mehr ihr euch zu einer festen solidarischen Front zusammenschließt, um so wirksamer könnt ihr der sozialen Reaktion begegnen.

Denn die Erfahrung hat gelehrt, daß die herrschende Klasse die soziale Gesetzgebung immer nur ein Mittel war, in Zeiten, wo sie sich bedroht fühlte, als Zwangsmaß zu wirken.

Es genügt auch nicht, über den Abbau der Sozialversicherung zu jammern, sondern es ist die heiligste Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, die Organisierung der Abwehr zu vollziehen, mit der Parole, ausreichende Renten.

## Veranstaltungskalender

Verichterstattung vom Reichsparteitag.

Heidenau, Sonnabend, den 8. August, abends 7,30 Uhr. Verichterstattung: Schulz, Bautzen.

Pirna, Sonntag, den 9. August, vormittags 9 Uhr. Verichterstattung: Schulz, Bautzen.

Schönbach, Sonntag, den 9. August, nachmittags 3 Uhr. Verichterstattung: Schulz, Bautzen.

Weinböhla, Freitag, den 14. August, abends 7,30 Uhr. Verichterstattung: M. Schneider.

Weihen, Sonnabend, den 22. August, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Verichterstattung: M. Schneider.

Sämtliche Arbeits- und Stadtgebiete werden aufgeföhrt, Verichterstattung von der Bezirksleitung anzufordern und den Tag der Veranstaltung sofort zu melden.

Bezirksleitung Ohschütz.

### U. Dresden

358. Grob-Dresden, Montag, den 3. August, U.-Sitzung des 358. Treffpunkt der „Kaffers“ am Ges. In dieser Sitzung haben alle Leiter der einzelnen Gruppen zu erscheinen, ebenfalls die Leiter der neuen Gruppen Cotta, Fischbach, Kitzsch und Johannstadt.

Direkt Griesen. Erweiterte Sitzung am Dienstag, den 4. August, 7,30 Uhr im „Gleiswärdler“. Alle Ressortleiter und Zellengruppenleiter haben zu erscheinen. Zellengruppe 5 und 6 Cotta, Dienstag, den 4. August, 7,30 Uhr im „Gleiswärdler“.

### U. Freital

358. Ortsgruppe Freital, Dienstag, den 4. August, abends 8 Uhr im Restaurant „Gedauer“ wichtige Ortsgruppenleiterbesprechung. Alle Mitglieder der Ortsgruppenleiterbesprechung haben teilzunehmen.

### U. Bischofswerda

U. Bischofswerda, Sonnabend, den 8. August, abends 8,30 Uhr im „Kamping“: Gemeindevorstand-Konferenz.

### U. Weihen

Arbeitsplan des U. Weihen für August 1925. Mittwoch, den 5. August, Funktionärbesprechung der Ortsgruppe Weihen. Freitag, den 7. August, Mitgliederversammlung in Coswig, Referent Genosse Goldammer. Sonnabend, den 8. August, Leninjubiläum, Weihen, Gewerkschaftshaus. Referent Genosse Hoop. Freitag, den 14. August, U. Mittelbergsitzung in Weinböhla, Zentralparkhof. Bericht vom Reichsparteitag. Referent Genosse M. Schneider. Mittwoch, den 19. August, U. Funktionärbesprechung in Weihen im Gewerkschaftshaus. Referent Genosse M. Schneider. Sonnabend, den 22. August, Leninjubiläum in Weihen im Gewerkschaftshaus. Referent Genosse Hoop. Dienstag, den 26. August, Mitgliederversammlung in Weihen. Referent Genosse Otto Gabel. Sonnabend, den 29. August, Mitgliederversammlung des gesamten U. in Weihen im Gewerkschaftshaus. Referent Genosse M. Schneider.

### U. Ebersbach

U. Ebersbach, Sonnabend, den 8. August, abends 8 Uhr, in „Stadt Leipzig“, Ebersbach, U. Ausbittung. Teilnehmern haben sämtliche Mitglieder der U.-Leitung, U. Ortsgruppen, Pol- und Org.-Leiter der Ortsgruppen sowie die Stellvertreter 1 Stunde vorher U.-Leitung.

### Dresden und Umgebung

Wichtig! 358. Alle Abteilungen von Grob-Dresden haben bis Montag, den 3. August, Zeitung abzuholen, Kampfgasse 12, 1. Die Ortsgruppenleitung.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker Baubegabungslehre. Anhalt außerordentlicher Mitgliederversammlung für Juli findet Sonntag, den 16. August, gemeinsam mit den Gruppen Leuben, Dobitz, Gruna, Reich und Wilsdorf im Waldpark, Röhren durch Röhren. Desgleichen wird jetzt schon auf unsere Mitgliederversammlung am 28. August hingewiesen, wo Bericht der außerordentlichen Hauptversammlung gegeben wird. Reges Betätigung aller Genossen am Waldpark sowie Teilnahme zur Mitgliederversammlung ist Pflicht.

### Freital und Umgebung

Proletarische Freidenker, Ortsgruppe Freital, Dienstag, 4. August, findet in „Stadt Dresden“ (Deuben) abends 7,30 Uhr eine erweiterte Funktionär-Sitzung statt. Alle Funktionär-Leiter und Zellengruppen-Kassierer haben zu erscheinen. Die Sitzung am 11. August fällt dafür aus.

## Arbeiterport

Cotta 1, Cohnmannsdorf 1, 8:3 (8:2).

In Cotta erlebte man eine Enttäuschung, Cohnmannsdorf gewann mit 10 Mann Spielend nach einem harten Spiel. Die Schuld an der Niederlage trägt aber der Torwächter von Cotta, der sich nur zur Belustigung des Publikums auf dem Spielfeld befand.

Eintracht 1, Deuben 1, 5:0 (2:0), Gefellshofstapel. Ein wenig anregendes Spiel. Beide Mannschaften traten mit Erfolg an.

DBV, 15 1, Neuhüt 1, 2:3 (Gefellshofstapel).

Cotta 4.—Röbtau 4, 7:4, Röbtau 2.—Dellös 2, 1:1.

Jugend: Cotta 2.—Heidenau 2, 6:3, Röbtau 1.—Kornau 1, 5:0, Röbtau 2.—Großröbtsdorf 1, 1:0, DBV, 15 1.—Kleinmannsdorf 1, 2:2, DBV, 15 1.—Burg 1, 0:0, Cotta 1. Schüler-Klasse 1. Schüler 7:0.

„Naturfreunde“ Dresden, 4. August: Verwaltungssitzung, 7,30 Uhr, Geschäftsstelle. Jugendabteilung: Abendwanderung in die Heide, 7 Uhr, Albertplatz. 6. August: Mitgliederversammlung, 8 Uhr, Volkshaus. 7. August: Chorabteilung: StraÙe durch Alt-Dresden. Treffen 8 Uhr Georgentor. Vorkonferenz: 8. August: Abendwanderung, Georgentor. 4. August: Abendwanderung, 7,30 Uhr, Schule, Köpcke. 4. August: Zusammenkunft: 8. August: Nachtwanderung, 9 Uhr, Weihen Köpcke. 5. August: Orlitz: 7. August: Abendwanderung 8 Uhr, Hellerort. 6. August: Versammlung.

**Theater am Wasaplatz**

Wagen Umbau bis auf weiteres geschlossen!

**Tymlians Täglich**

Das Thalia-8 Uhr

einziges wirkliches Theater

Volkstheater Dresdens

Vorverkaufskarten außer Sonntags gültig

**Möbel**

aller Art

Wohlfühl

**Möbel-Macht**

Rauhschiffstr. 31

Einmalige Zahlungsweise

**JULIUS ARNOLD FREITAL**

Untere Dresdener Straße 94

Lederhandlung und Felleinkauf

Hörner und Gewürze zum Hausgebrauch

Soeben erschienen:

**Die Bolschewisierung der KJL**

Preis 20 Pfg.

ALLE DES GENOSSEN VUJOVIC AUF DER 5. SITZUNG DER ERWEITERTEN EXEKUTIVE DER KJL

VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE WIEN VII

Zu haben in der BUCHHANDLUNG OSWALD GRÖSS, RÖHRHOFSGASSE 24

**LENIN**

Ausgewählte Werke SAMMELBAND

INHALT:

I. Die Aufgaben der Sozialdemokratie. II. Die Organisation der Partei und Kampf gegen die Opportunisten. III. Zwei Taktiken der Revolution 1905. IV. Der Parlamentarismus und die Taktik der Bolschewiki. V. Der imperialistische Krieg 1914—18. VI. Die Eroberung der Macht. VII. Die Diktatur des Proletariats und die Kommunistische Internationale.

Preis: Broschiert 6.—, gebunden 8.— M. Umfang 784 Seiten

Buchhandlung Osw. Groß Dresden-A., Röhrhofsgasse 24

**Lebensmittelhaus Hamann**

Freital-Pa., Turner-, Echo Dresdener Straße

Tel. 164

empfiehlt

sämtliche Lebensmittel sowie prima hausschädelene Wurstwaren

**Achtung! Achtung!**

Sämtliche Lausitzer Leinwand- und Baumwollwaren, sowie Kurz- und Wollwaren, beste Arbeiterbekleidung

empfiehlt zum realen Preis

**Johann Czczepaniak**

Pirna-Rothwerndorf Eichgrund 19

**K. W. Kühnel**

Ofenbauwerkstätten

Fabrikation transportabler Herde u. Ofen

Pirna-Copitz, Lohmeyer Str. 1

Auch Teilzahlung ist gestattet

Bank-Konto: Stadtbank Pirna-Copitz 30

**Berufskleidung**

jeder Art

**Kurt Pannasch, Bautzen**

Kornstraße 2 — 1 Trause